

# Neue Verfahrensabläufe im Öffentlichen Recht und Umweltrecht

Die nachstehenden Grafiken zeigen das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten und die Revision an den VwGH ab 1. 1. 2014 im Allgemeinen sowie im Besonderen das Verfahren in den Materien der mittelbaren Bundesverwaltung, die Verfahren nach dem UVP-G, den Säumnisschutz und das Verwaltungsstrafverfahren.<sup>1) 2)</sup>

Von Georg Eisenberger, Christina Hofmann, Kathrin Bayer und Alexander Brenneis

ÖJZ 2014/8

## Behörde und Verwaltungsgericht

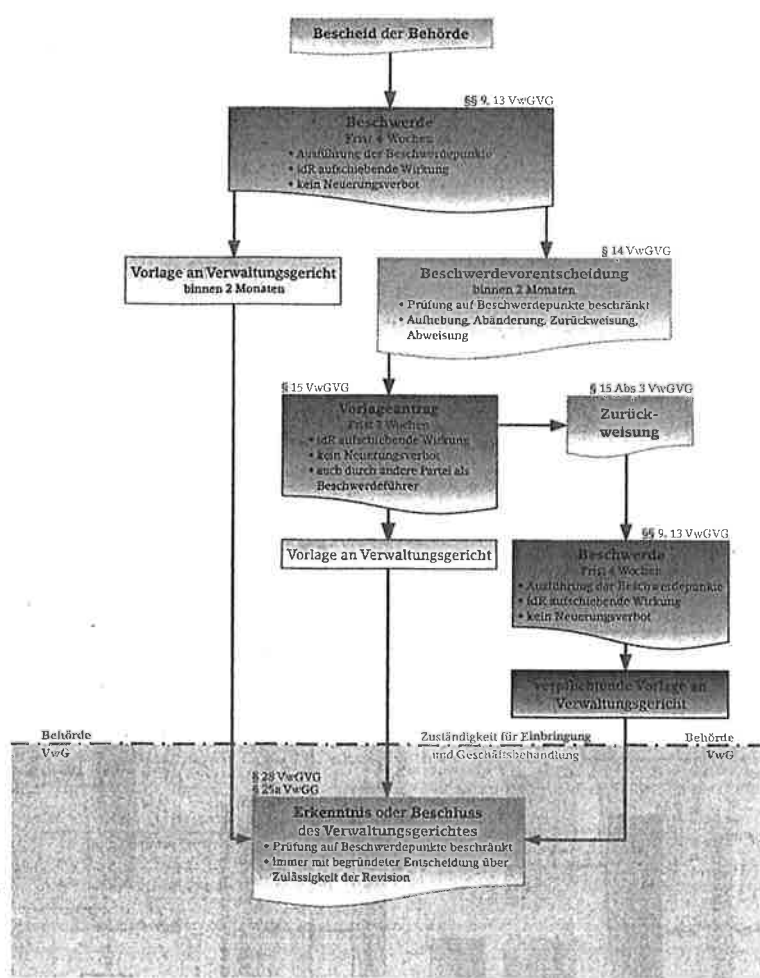


Abbildung 1

1) Die Schaubilder stellen den Regelfall dar, auf abweichende Regelungen in den MaterienGesetzen ist zu achten (zB sieht § 16 BFA-VG eine bloß zweiwöchige Beschwerdefrist vor).

2) Die Verwendung der bisher aus dem VwGH-Verfahren geläufigen Bezeichnung „Beschwerdepunkte“ soll die Bedeutung einer möglichst vollständigen Darlegung der rechtlichen Motive für die Beschwerde unterstreichen. In der Literatur werden auch die Bezeichnungen „Beschwerdegründe“ und „Beschwerdebehauptung“ verwendet. Der Ministerialentwurf 420/ME 24. GP hatte noch „die Bezeichnung der Rechte, in denen der Beschwerdeführer verletzt zu sein behauptet“, verlangt. Auf diese im Begutachtungsverfahren vielfach kritisierte Voraussetzung wurde in der Regierungsvorlage 2009 BlgNR 24. GP verzichtet, die Prüfungsbefugnis des VwG jedoch auf den Inhalt der Beschwerde beschränkt, und zwar auf „die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt“, und „das Begehren“ (§ 27 iVm § 9 Abs 1 Z 3 und 4 VwGVG). Der Verfassungsausschuss geht zwar, allerdings ohne dass der Gesetzestext der § 9 Abs 1 und § 27 VwGVG (der sich deutlich von § 63 Abs 3 und § 66 Abs 4 AVG abhebt) gegenüber der Regierungsvorlage verändert wurde, in seinem Bericht „davon aus, dass die inhaltlichen Anforderungen an eine Beschwerde gemäß § 9 Abs 1 VwGVG jenen des § 63 Abs 3 AVG materiell entsprechen“ (2112 BlgNR 24. GP 7; vgl demgegenüber ErläuterRV 2009 BlgNR 24. GP 4). Aus anwaltlicher Sicht ist bis zu einer autoritativen Klärung durch den VwGH jedoch jedenfalls anzuraten, bei der Formulierung der Bescheidbeschwerde an das VwG die behaupteten Verletzungen in subjektiven Rechten möglichst umfassend anzugeben.

Verwaltungsreform 2014

# Verwaltungsreform 2014

## Mittelbare Bundesverwaltung

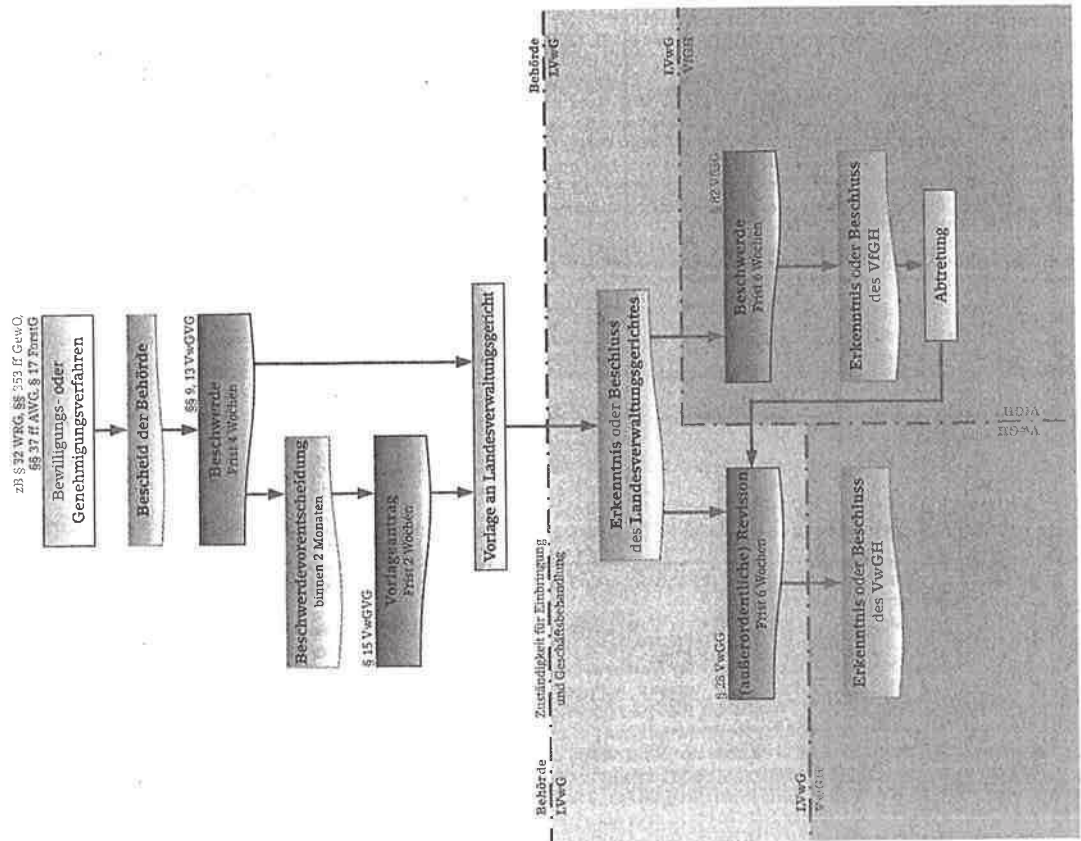


Abbildung 2

## Verwaltungsstrafverfahren

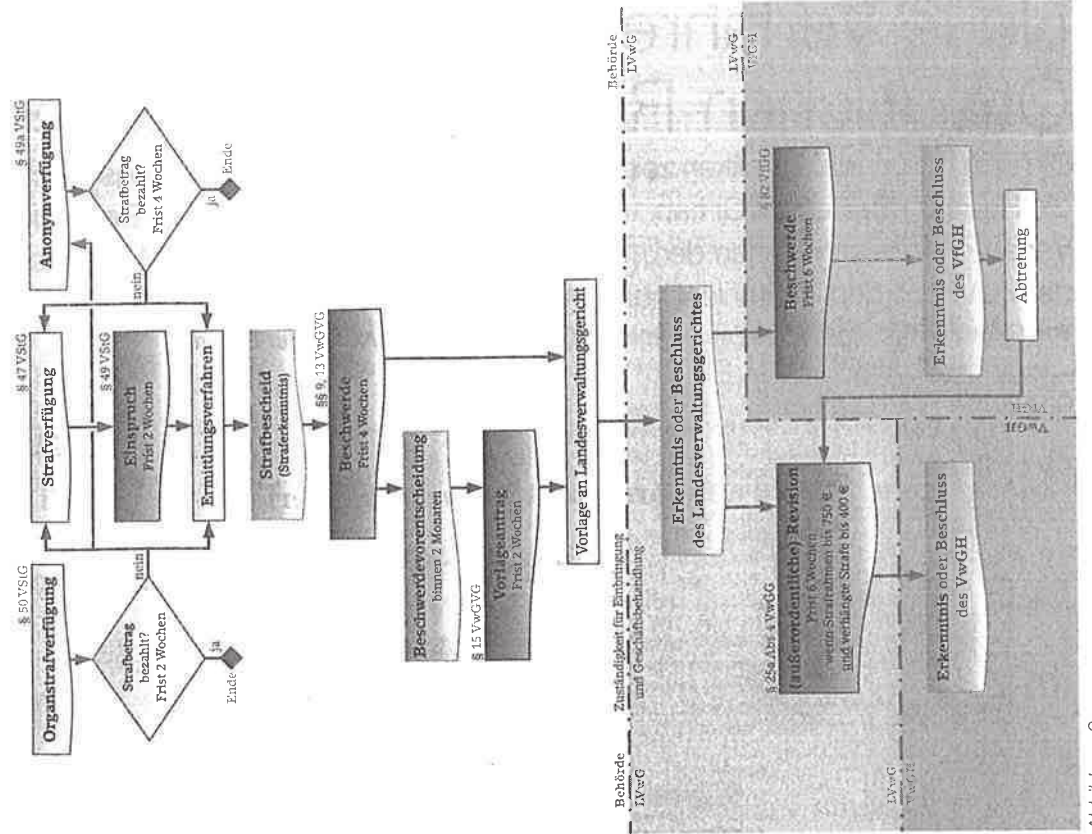


Abbildung 3



UVP-G

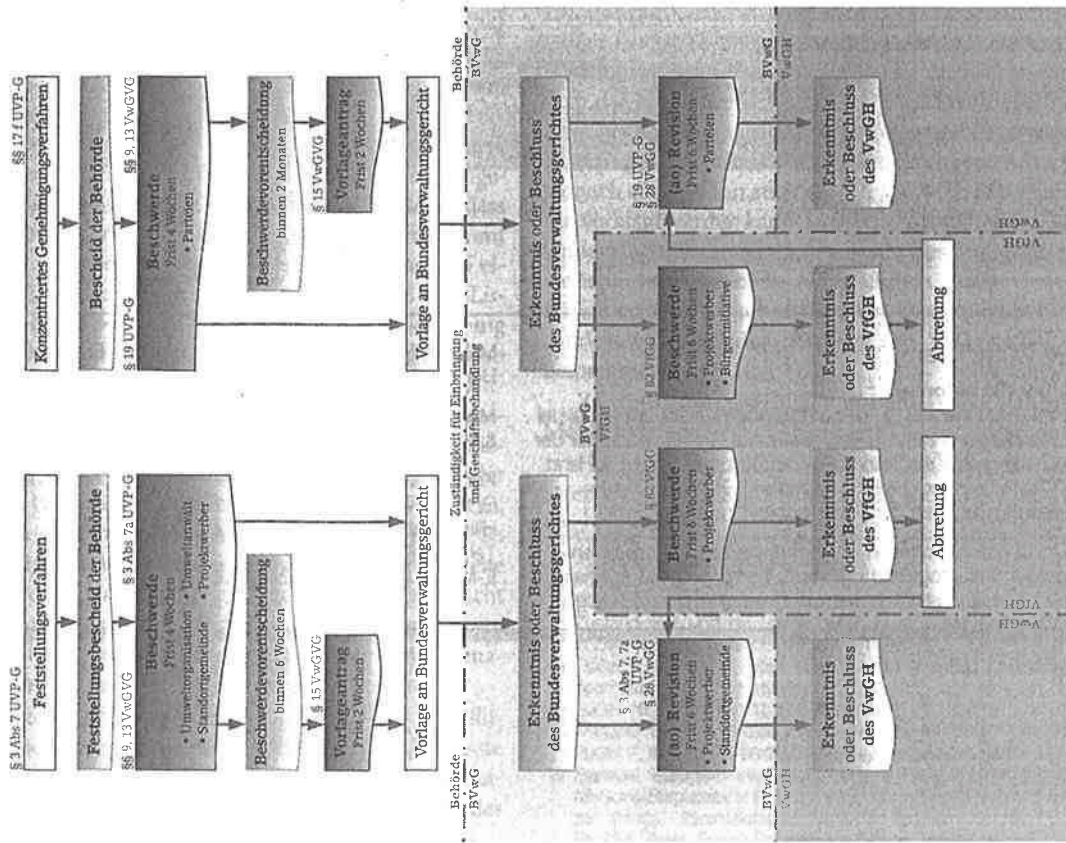


Abbildung 4

Säumnis

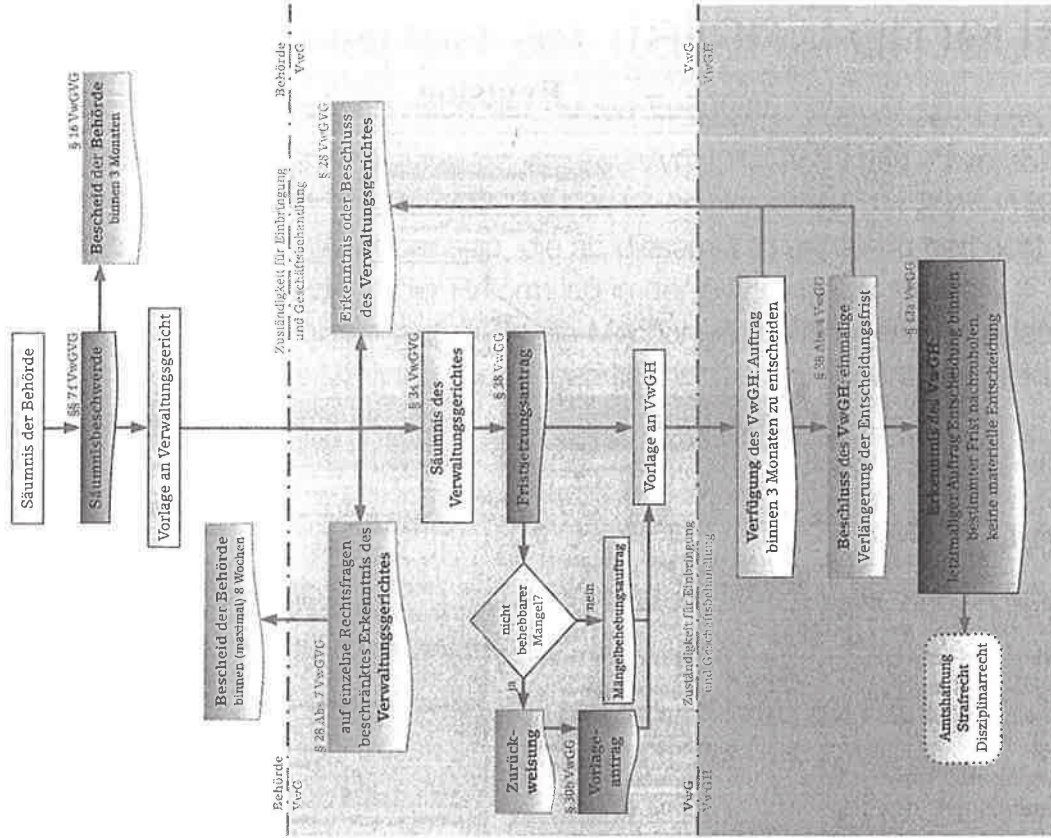


Abbildung 5

Verwaltungsreform 2014



### Revision

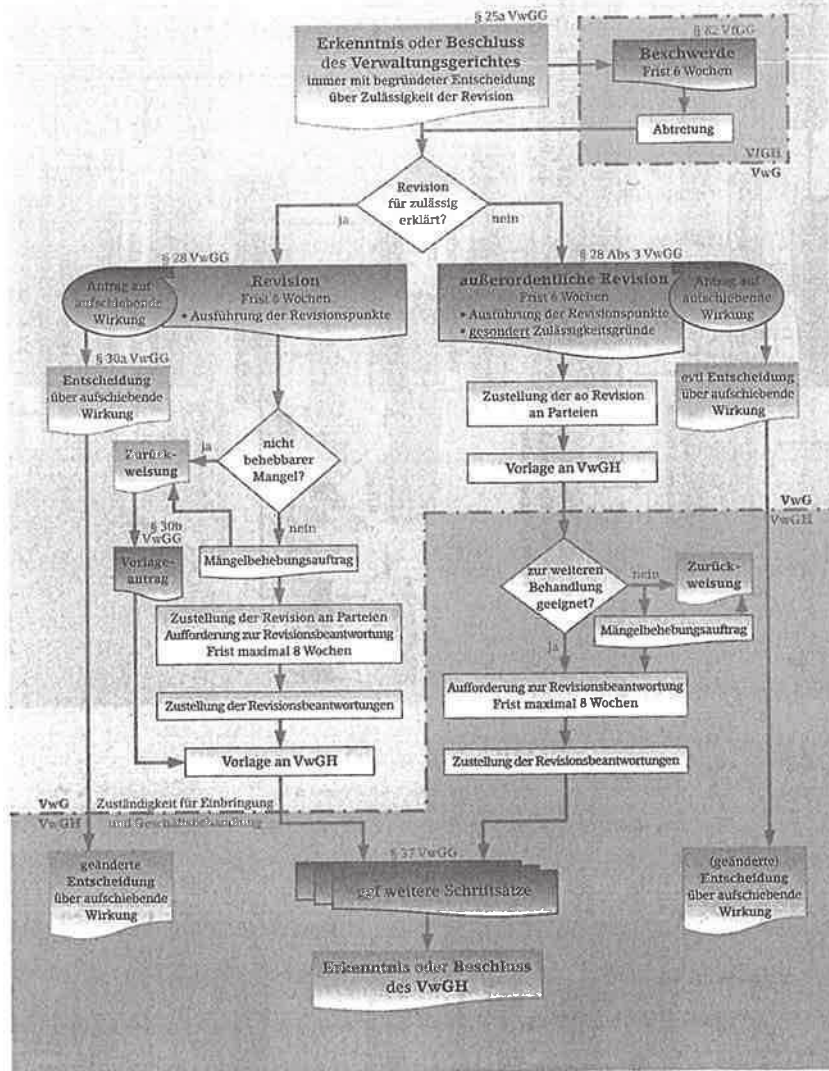


Abbildung 6

→ Zum Thema

Über die Autoren:

Prof. (TU Graz eh) Dr. Georg Eisenberger ist Partner bei der Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH und Leiter der Abteilung für Öffentliches Recht und Umweltrecht; er lehrt Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Bau- und Raumplanungsrecht an der Technischen Universität Graz.

Dr. Christina Hofmann ist Rechtsanwältin bei der Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH und als Spezialistin für Verwaltungsverfahrens- und Verfassungsrecht tätig.

Mag. Kathrin Bayer ist Konzipientin bei der Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH.

Mag. Alexander Brenneis ist Konzipient bei der Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH.

Kontaktadresse: Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH, Wienerbergstraße 11, 1100 Wien; Hillmgasse 10, 8010 Graz.  
Tel: +43 (0)1 606 36 47-0  
E-Mail: g.eisenberger@ehlaw.at